



Die Pflegeproblematik – eine unlösbare Herausforderung?

Gewaltige Probleme mit Riesenchancen

Schon seit Jahren warnt der Österreichische Gemeindebund vor einem Kollaps des Pflegesystems im Land. Dann nämlich, wenn die Gemeinden – mit immer neuen Aufgaben ohne die nötigen Mittel über Gebühr belastet – vor den demographischen Fakten kapitulieren müssen.

Aber KOMMUNAL zeigt auf, dass es noch nicht so weit ist, dass es sogar möglich ist, dass die Gemeinden die Probleme mit der Altenpflege zum Positiven wenden können. Es ist dazu aber Mut zur Reform nötig – und wie eine Untersuchung

von Fessel GfK aufzeigt, sind die Gemeinden noch am ehesten diejenigen, denen die Bevölkerung diesen Mut und damit eine Lösung zutraut.

Altenbetreuung und Pflege: Sichere Zukunft für alle – wer soll das bezahlen

Es gibt kein Patentrezept, nur ein paar Denkansätze

Demographisch gesehen wird eine Lösung des Themas Altenbetreuung und Pflege für die Gemeinden immer schneller immer drängender. Im Bereich „Soziales“ verzeichnen die Kommunen einen Negativsaldo von 1,2 Milliarden Euro. Und das war 2008, bevor die Krise wirklich schlagend wurde. Eine eingehende Betrachtung des Themas in KOMMUNAL brachte ernüchternde Zahlen zum Vorschein, aber auch Lösungsansätze, die in die richtige Richtung gehen sollten.

Dr. Robert Hink

Die Dimension des Bereichs Altenbetreuung und Pflege für unser Land und vor allem für die Gemeinden hat große Ausmaße. Da ist zum einen die demographische Entwicklung. Schon heute wissen wir sehr genau, wie sich die Bevölkerungspyramide in 10, 20, 30 oder auch 50 Jahren darstellen wird. Das sind ja keine Prognosen, sondern Fakten, die aufgrund der Geburtsjahrgänge feststehen. Genauso wie im Bildungsbereich oder bei der Kinderbetreuung wissen wir heute schon, was uns in wenigen Jahren und Jahrzehnten bei der Betreuung und Pflege älterer Menschen erwartet. Das wird auch eine Entwicklung sein, die so schnell nicht umkehrbar ist. Zunächst einmal ist es für die Gemeinden wichtig festzuhalten, wer für die Pflege und Altenbetreuung überhaupt zuständig ist. Aber schon auf diese Eingangsfrage gibt es keine eindeutige Antwort, weil das in den einzelnen Bundesländern zum Teil sehr unterschiedlich geregelt ist. In den meisten Bundesländern wandern die Spitäler zwar Schritt für Schritt in die Zuständigkeit des jeweiligen Landes, die Pflege- und Altenbetreuung ist im Regelfall dort aber immer noch Sache der Gemeinden. Die

Gemeinden tragen schwer an dieser Last, weil sie in mehrfacher Hinsicht zuständig und auch Zahler sind. Zum einen errichten sie die meisten Pflegeeinrichtungen selbst. Zum zweiten treten sie oft auch als Betreiber der Heime auf. Zum dritten haben sie – in einem Finanzierungsschlüssel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden – ihren Beitrag zur Sozialhilfe zu leisten, von der fast die Gesamtheit der Pflegebe-

Im österreichweiten Schnitt hat allein die Steigerung (*der Sozialausgaben, Anm. d. Red.*) von 2007 auf 2008 fast acht Prozent betragen.

dürftigen abhängig ist. Und am Ende entsteht meist noch eine Differenz zwischen all dem, was die Patienten an Beiträgen leisten können, und der Summe, die ein Platz in so einer Einrichtung tatsächlich kostet. Und nun dürfen Sie raten, wer diese Differenz zu begleichen hat. Richtig ... es sind wieder die Gemeinden. Diese Fakten belasten die Gemeinden finanziell in einem ungeheuren Ausmaß. Und damit Sie alle wissen, wovon wir im Sozialbereich in Zahlen reden,

Zunächst einmal ist es für die Gemeinden wichtig festzuhalten, wer für die Pflege und Altenbetreuung überhaupt zuständig ist. Aber schon auf diese Eingangsfrage gibt es keine eindeutige Antwort, weil das in den einzelnen Bundesländern zum Teil sehr unterschiedlich geregelt ist.

darf ich Ihnen einige weitere Eckdaten nennen. Im Jahr 2008 haben die Kommunen allein für den Sozialbereich mehr als 1,6 Milliarden Euro ausgegeben. Dem gegenüber stehen Einnahmen aus diesem Bereich von 385 Millionen Euro. Die Differenz müssen die Gemeinden aus ihren allgemeinen Budgets abdecken, in Summe also mehr als 1,2 Milliarden Euro.

Eklatante Steigerungsraten

Die Steigerungsraten dabei sind eklatant hoch und in vielen Gemeinden im zweistelligen Prozentbereich. Im österreichweiten Schnitt hat allein die Steigerung von 2007 auf 2008 fast acht Prozent betragen. Damit ist der Sozialbereich hinter den Ausgaben für Verwaltung und der Gruppe Bildung/Kinderbetreuung schon der drittgrößte Ausgabenbrocken. Die Gemeinden müssen dafür mehr Geld aufwenden als für den Straßenbau, die Wasserversorgung, die Dienstleistungen und den Verkehr zusammen. Auch die Gesundheitsausgaben



Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes



Natürlich betreffen nicht sämtliche Sozialkosten den Pflegebereich, aber es ist der größte Brocken. Mehr als 350.000 Menschen beziehen derzeit Pflegegeld.

liegen weit hinter den Kosten für Sozialleistungen.

Aber zurück zu den Zahlen:

Natürlich betreffen nicht sämtliche Sozialkosten den Pflegebereich, aber der größte Brocken ist es. Mehr als 350.000 Menschen beziehen derzeit Pflegegeld. Mehr als 100.000 beziehen Sozialhilfe, rund 64.000 Menschen, die in Alten- und Pflegeeinrichtungen betreut werden, werden mit Sozialhilfeleistungen unterstützt.

Noch betreuen meist die Angehörigen

Die hauptsächliche Betreuungsarbeit wird immer noch von den eigenen Angehörigen geleistet. Rund 70 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause von den eigenen Angehörigen betreut. Die Gemeinden wären aber naiv anzunehmen, dass diese Betreuungsquote in den nächsten Jahren so hoch bleibt. Extrem ärgerlich in diesem Zusammenhang ist die Handlungsweise vieler bundes- und landespolitisch Verantwortlichen in den vergangenen Jahren gewesen. In aller Stille und ohne großen Aufschrei wurden nämlich die meisten Regressmöglichkeiten gegenüber Angehörigen abgeschafft. Das bedeutet, dass die öffentliche Hand noch weiter unter Druck gerät, weil sie auf das Vermögen der Pflegepatienten und deren Angehöriger kaum noch zugreifen kann. Allein in Niederösterreich beträgt der zusätzliche Bedarf an Pflegebetten, der durch die Abschaffung des Regresses entsteht, rund 1000 Stück. Das ist eine Entwicklung, die ich für problematisch halte und unter der jetzt schon viele Bundesländer und Gemeinden finanziell stark zu leiden haben. Wie erwähnt werden derzeit noch rund 70 Prozent der Pflegeklienten von eigenen Angehörigen betreut. Die restlichen 30 Prozent werden von mobilen Diensten, in Betreuungseinrichtungen

weiter auf Seite 16 ►►

Ohne Refomen wird's wohl nicht gehen

Gemeinden an der Grenze der Leistungsfähigkeit

Mag. Hans Braun

Das Thema Pflege beherrscht zurzeit die Diskussionen auch innerhalb des Gemeindebundes. Ende Juni trifft sich auch der Fachausschuss „Soziales“ unter dem Vorsitz des Oggauer Bürgermeisters und Präsident der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Burgenland, Gemeindebund-Vizepräsident Ernst Schmid, um über Wege aus der momentanen Stagnation zu diskutieren. KOMMUNAL stellte ein paar Fragen.

Können sich die Gemeinden den Aufwand für die Pflege noch leisten? Und was müssten sie ändern?

Ernst Schmid: Die Gemeinden selbst können leider nichts ändern, das ist ja das Problem. Die Thematik können wir nur angehen, wenn wir uns – und da bin ich mit Helmut Mödlhammer auf einer Linie – an einem Runden Tisch zusammensetzen und die Entwicklungen durchbesprechen. Diesen Runden Tisch brauchen wir dringend ...

Es steht die Idee im Raum, dass die Pflege verstärkt in private Hände gehen könnte (siehe auch Beitrag Prof. Mazal, Seite 14). Damit und durch das Entstehen neuer Berufsbilder wäre auch der allgemeinen Wirtschaft geholfen.

Das neue Jobs entstehen würden, steht außer Frage und ist begrüßenswert. Das Problem ist, wie wir die Österreicherinnen und Österreicher dazu bringen, diese Jobs auch anzunehmen.

Die Frage müsste also lauten, wie schaffe ich qualitativ hochwertige Arbeitsplätze im Sozialbereich?

Wir müssen Wege finden, wie wir aus dieser prekären Lage herauskommen.

Der Weg muss

ein Mix sein aus einer Deckelung der Sozialausgaben, Umstrukturierungen, Anpassungen bei den Abgaben sowie die Einführung einer Art Pflegefonds oder etwas ähnlichem. Aber mit den derzeitigen Mitteln wird dieses System auf Dauer nicht zu finanzieren sein.

Der Weg muss ein Mix sein aus einer Deckelung der Sozialausgaben, Umstrukturierungen, Anpassungen bei den Abgaben sowie Einführung einer Art Pflegefonds ...

Neue Abgaben sind problematisch. Erstens sieht die Wählerschaft das nicht so gerne und zweitens werden viele amtierende Bürgermeister sich da nicht wirklich drüber trauen. Das ist ja auch eine Frage des „wieder gewählt werdens“. Denn durch die nicht vorhandene soziale Absicherung der Bürgermeister stehen die dann im Fall des Falles oft vor dem Nichts. Also grundsätzlich: Die Bürger verstehen eine Erhöhung, wenn man ihnen das Problem erklärt. Wir haben in meiner Gemeinde die Gebühren für die Altstoffsammelstelle anpassen müssen. Anfangs habe ich keine Lobeshymnen gehört, aber ich habe bei unserer Sammelstelle mit vielen Leuten das Gespräch gesucht. Der überwiegende Teil der Ortsbevölkerung hat verstanden, warum die Gebühren angepasst werden mussten. Denn die Gemeinde ist jeder Bürger, jede Bürgerin, jedes Kind. Und überdies gibt es in praktisch jeder Landesverfassung die Vorschrift, dass Gebühren kostendeckend eingehoben werden müssen. Das kann man sich als Bürgermeister ja gar nicht aussuchen.

Das Interview in voller Länge ist auf www.kommunal.at zu finden.



Ernst Schmid im Gespräch mit KOMMUNAL: Links Michael Zimper, Geschäftsführer des Kommunal-Verlags, rechts der Autor.

►► Fortsetzung von Seite 13

wie Heimen oder von professionellen Helfern in den eigenen vier Wänden betreut.

Lösungsmöglichkeiten

Die Alten- und Pflegebetreuung ist ein überaus vielschichtiger und komplexer Bereich, für den es keine Pauschallösungen gibt. Aus Sicht der Gemeinden liegt wahrscheinlich gerade in der Vielfalt der verschiedenen Modelle die einzige Chance, Pflege und Betreuung älterer Mitmenschen dauerhaft organisierbar und auch finanzierbar zu halten. Es gibt also kein Patentrezept dafür, wie wir den Anstieg der Sozial-, Gesundheits- und Pflegekosten in den Griff bekommen können.

Es gibt kein Patentrezept dafür, wie wir den Anstieg der Sozial-, Gesundheits- und Pflegekosten in den Griff bekommen können. Es gibt allerdings Denkansätze, die es aus kommunaler Sicht wert sind, weiterverfolgt und geprüft zu werden.

Es gibt allerdings einige Denkansätze, die es aus kommunaler Sicht wert sind, weiterverfolgt und geprüft zu werden.

Wie Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer schon öfter betont hat, werden wir um die Frage nicht herumkommen, ob nicht die Einführung einer verpflichtenden Pflegeversicherung ein taugliches Instrument ist. Ein Vorschlag, für den er seinerzeit politisch in der Luft zerrissen worden ist.

Heute gibt es hingegen kaum noch Experten, die das nicht auch für eine Notwendigkeit halten. Bedauerlich ist, dass bisher weder Bund noch Länder ein solches Modell bis zum Ende durchgerechnet haben. Wir vom Gemeindebund haben vor einiger Zeit unter der Bevölkerung abgefragt, wie sie zur Einführung einer solchen Versicherung stehen würde und dabei überraschend hohe Zustimmung erhoben.

Der Ausbau und die Stärkung der mobilen Dienste ist ebenfalls eine Notwendigkeit. Die Auf-

weiter auf Seite 19 ►►

►► Fortsetzung von Seite 16

nahme eines Menschen in ein Alten- oder Pflegeheim ist immer die teuerste Variante, und es ist auch immer jene Variante, die die Betroffenen am wenigsten wollen. Die meisten Menschen wollen ihren Lebensabend innerhalb der eigenen vier Wände verbringen. Das ist legitim und verständlich, die Politik hat die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

► Alternative Modelle der Altenbetreuung und Pflege forcieren. Auf Gemeindeebene gibt es schon jetzt in sehr vielen Gemeinden sehr schlaue und erfolgreiche Modelle, die auf Freiwilligkeit und dem Engagement von Menschen beruhen und

Die meisten Menschen wollen ihren Lebensabend innerhalb der eigenen vier Wände verbringen. Das ist legitim und verständlich, die Politik hat die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

einen Zusatznutzen bringen. In der Vorstufe zur Pflege sind dies etwa Besuchsdienste, die man sich auf ein Sozialkonto (nicht Sozialtransferkonto) gutschreiben lassen kann und sie in späteren Jahren gegen Leistungen, die man selbst benötigt, eintauschen kann.

► Generelle Stärkung und EINFORDERUNG der Eigenverantwortung. Überspitzt formuliert heißt das: Man kann nicht jahrzehntelang sehr gut, sorglos und vorsorgelos leben und dann erwarten, dass im Pflege- oder Betreuungsfall die öffentliche Hand ohnehin einspringt. Das wird dauerhaft nicht funktionieren, weil es nicht finanzierbar ist. Wir müssen in allen Bereichen des Lebens – von der Kinderbetreuung bis hin zur Pflege – eine Bewusstseinsänderung erreichen.

In eigener Sache

Der zweite Teil der Kurzserie über die Verteilung der kommunalen Bedarfszuweisungen durch die Bundesländer „Das letzte Netz“ musste aus Platzgründen auf die kommende Ausgabe verschoben werden.